

Parlamentarischer Vorstoss. Antwort des Regierungsrates

Vorstoss-Nr.: 214-2015
Vorstossart: Motion
Richtlinienmotion: ☐
Geschäftsnummer: 2015.RRGR.868

Eingereicht am: 06.09.2015

Fraktionsvorstoss: Nein
Kommissionsvorstoss: Nein
Eingereicht von: Imboden (Bern, Grüne) (Sprecher/in)

Weitere Unterschriften: 0

Dringlichkeit verlangt: Ja
Dringlichkeit gewährt: Nein 09.09.2015

RRB-Nr.: 258/2016 vom 2. März 2016
Direktion: Erziehungsdirektion
Klassifizierung: Nicht klassifiziert
Antrag Regierungsrat: **Punktweise beschlossen**
Punkt 1: Annahme und gleichzeitige Abschreibung
Punkt 2: Annahme und gleichzeitige Abschreibung
Punkt 3: Annahme als Postulat



Lehrstellen erhalten – Jugendarbeitslosigkeit bekämpfen

Der Regierungsrat wird beauftragt,

1. alle bestehenden Möglichkeiten zu prüfen, den Lehrstellenmarkt im Kanton Bern zu stärken, um die Lehrlinge vor den gestiegenen Risiken im Zusammenhang mit der Krise und der Arbeitslosigkeit zu schützen.
2. Es sind Massnahmen auf verschiedenen Ebenen in Betracht zu ziehen, insbesondere:
 - eine Stärkung der Lehraufsicht / Berufsbildungskommissionen, um die Lehrlinge an ihrem Arbeitsplatz besser zu begleiten und besser auf die Bedürfnisse von Ausbildungsbetrieben in grösseren wirtschaftlichen Schwierigkeiten reagieren zu können
 - die Erhöhung der Anzahl der Lehrstellenförderer
 - die Einrichtung eines Outplacementdienstes, um Jugendlichen, die ihren Ausbildungsplatz wegen Restrukturierungen oder Personalabbau verlieren, eine neue Stelle zu vermitteln
3. Für die Realisierung der Massnahmen ist die Errichtung eines kantonalen Berufsbildungsfonds zu realisieren, um Ausbildungsbetriebe zu unterstützen, finanziert von Unternehmen,

die nicht ausbilden oder die Einsetzung einer tripartiten kantonalen Kommission, die für die Umsetzung der Massnahmen verantwortlich ist.

Begründung:

Junge Menschen sind überdurchschnittlich von Arbeitslosigkeit betroffen. Im Kanton Bern lag die Jugendarbeitslosigkeit (20-24 Jahre) im Jahr 2014 bei 3,1 Prozent und damit deutlich höher als im Durchschnitt bei 2,4 Prozent (Quelle: Bericht zur Wirtschaftslage 2015, Mai 2015, beco, S. 22). Betroffen von Arbeitslosigkeit sind konkret 1459 junge Erwachsene zwischen 20 bis 24 Jahren. Gemäss dem beco-Bericht wird die mangelnde Erfahrung junger Berufsleute «insbesondere in Phasen wirtschaftlichen Abschwungs zum Problem». (S. 22)

Die Situation auf dem Arbeitsmarkt hat sich in den letzten Monaten verschlechtert. Als Folge des Entscheids der Nationalbank, den Mindestkurs des Frankens zum Euro nicht mehr zu garantieren, reissen die Meldungen von Restrukturierungen und Stellenabbau nicht ab. Die Krise ist in der Industrie (Chemie, Uhrenbranche, Maschinen, ...) aber auch in Hotellerie, Gastgewerbe, Detailhandel spürbar. Es ist bekannt, dass in Krisenzeiten die Jugendlichen einen hohen Preis zahlen, sie dienen als «Krisenpuffer». Und sie spüren die Auswirkungen der Krise bereits stark: Die jüngste Arbeitslosenstatistik (Seco, Juni 2015) zeigt einen Anstieg der Jugendarbeitslosigkeit um 6 % im Vergleich zum Vorjahresmonat (5,2 % für die gesamte aktive Bevölkerung).

Kurzfristig werden auch die Lehrstellen betroffen sein, bilden doch die von der Krise getroffenen Branchen einen bedeutenden Teil der Lehrlinge aus. Der letzte Lehrstellenbarometer zeigte bereits einen Rückgang um 1500 Ausbildungsplätze in den technischen Berufen und um 3500 Plätze im Handel. Alleine diese beiden Branchen zusammen bieten jedes Jahr über 35 000 Lehrstellen an.

Der Kanton Bern ist bereits heute bei der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit von Jugendlichen und jungen Erwachsenen aktiv. Er bietet u. a. Brückenangebote für diejenigen an, die keine Anschlusslösungen für die Zeit nach dem 9. Schuljahr finden und über keinen Abschluss auf Sekundarstufe II verfügen (Antwort auf Vorstoss 070-2014). Gemäss der Antwort gab es beim Übergang von der Ausbildung (Berufsabschluss oder Hochschulabschluss) in den Arbeitsmarkt bisher keine Nachfrage für zusätzliche Projektorganisationen. «Je nach Entwicklung der Arbeitsmarktlage werden ergänzende Angebote bereitgestellt.»

Begründung der Dringlichkeit: 1459 Jugendliche zwischen 20 und 24 Jahren waren 2014 ohne Arbeit und arbeitslos gemeldet. Tendenz steigend. Aufgrund der aktuellen Situation gibt es eine hohe Priorität, Jugendarbeitslosigkeit zu bekämpfen. Junge Menschen sollen rasch im Arbeitsmarkt eine Perspektive haben.

Antwort des Regierungsrates

Die Motionärin befürchtet, dass der starke Franken die Ausbildungsbereitschaft und -aktivität der Unternehmen reduziert und dadurch vermehrt Jugendliche in die Arbeitslosigkeit getrieben werden. Sie fordert deshalb den Regierungsrat auf, alle bestehenden Möglichkeiten zu prüfen, den Lehrstellenmarkt zu stärken und Massnahmen auf verschiedenen Ebenen zugunsten der Lernenden zu treffen.

Vorbemerkungen

Es ist ein zentrales Ziel des Regierungsrates, dass möglichst alle Jugendlichen und jungen Erwachsenen unabhängig von der Wirtschaftslage einen Abschluss auf der Sekundarstufe II, insbesondere in der Berufsbildung, realisieren können. Dies hat er auch in den Legislaturzielsetzungen und der Bildungsstrategie festgehalten. In den letzten zehn Jahren seit Inkrafttreten der neuen Berufsbildungsgesetzgebung wurden darin wesentliche Fortschritte erzielt. So wurde die Verbundpartnerschaft zwischen Bund, Kantonen und Wirtschaft (Organisationen der Arbeitswelt) intensiviert. Die meisten Bildungsverordnungen wurden überarbeitet und zeichnen sich durch arbeitsmarktnahe Bildungsinhalte aus. Der Lehrstellenmarkt wurde aktiv bewirtschaftet. Die Übergänge von der Volksschule in die Berufsbildung und vom Berufsabschluss in die Arbeitswelt wurden optimiert. Die Brückenangebote wurden spezifisch auf die Zielgruppen ausgerichtet. Das Case Management Berufsbildung wurde etabliert. Diverse neue Berufe und über vierzig EBA-Berufsabschlüsse (2-jährige Grundbildung mit eidgenössischem Berufsattest) wurden geschaffen.

Alle diese Massnahmen und die tägliche Arbeit der Verbundpartner haben dazu geführt, dass die Berufsbildung im Kanton Bern hervorragend aufgestellt ist. Der Kanton Bern weist eine schweizweit überdurchschnittliche Abschlussquote auf. Konstant haben rund 95% aller jungen Erwachsenen einen Abschluss auf Sekundarstufe II.

Dank diverser Massnahmen konnte seinerzeit die Finanzkrise ohne negative Auswirkungen auf die Lehrstellen überwunden werden, obwohl zahlreiche Unternehmen Kurzarbeit beschliessen mussten. Durch die Frankenstärke sind aktuell besonders exportorientierte Unternehmen unter Druck. Bereits haben Betriebe mit Restrukturierungen mit einem vereinzelt Abbau von Lehrstellen reagiert. Wahrscheinlich wird dieser Druck noch zunehmen. Allerdings hat die negative demografische Entwicklung nach wie vor zur Folge, dass selbst in technischen Berufen, welche durch die aktuelle Wirtschaftssituation besonders betroffen sind, nicht alle offenen Lehrstellen besetzt werden können.

Zu Punkt 1

Es ist eine Daueraufgabe des Kantons, im Rahmen seiner Möglichkeiten den Lehrstellenmarkt zu stärken und die Ausbildungsbereitschaft und -aktivität der Unternehmen zu erhalten. Diese Aufgabe wird zusammen mit den Organisationen der Arbeitswelt wahrgenommen und beschränkt sich nicht nur auf ein Engagement in konjunkturell schwierigen Zeiten. Wie einleitend erwähnt, hat der Kanton seit der Lehrstellenkrise 2005 eine breite Palette an Massnahmen gestartet, welche zu einer hohen Ausbildungsquote in der Berufsbildung auch in wirtschaftlich schwierigen Zeiten führen.

Zu Punkt 2

Die von der Motionärin zu prüfenden Massnahmen werden bereits heute umgesetzt:

- Mit der Veränderung der kantonalen Organisationsstruktur im Bereich Berufsbildung 2006 wurde die Aufsicht und Beratung gestärkt. Nebst ihrer Aufsichtsfunktion begleitet und unterstützt die Ausbildungsberatung die Lehrvertragsparteien (Lernende, Berufsbildnerinnen und Berufsbildner sowie Betriebe) situations- und bedarfsgerecht. Die Auflösungsquote von Lehrverträgen liegt zurzeit im Kanton Bern mit 9 Prozent unter dem schweizerischen Durchschnitt (10 Prozent). In Branchen mit überdurchschnittlichen Auflösungsquoten laufen spezielle Programme (z.B. Qualigastro). Wenn Betriebe aufgrund von wirtschaftlichen Schwierigkeiten Lehrstellen abbauen müssen oder in Konkurs gehen, werden die Lernenden von der Ausbil-

- dungsberatung umgehend in einen andern Lehrbetrieb vermittelt. Dank der guten Zusammenarbeit mit der jeweiligen Branche gelingt eine Vermittlung in den meisten Fällen.
- Der Kanton hat im Zuge der Lehrstellenkrise zusammen mit der Wirtschaft ein Lehrstellenmarketing initiiert. Da die Nachfrage an Lehrstellen aufgrund des demografischen Wandels zurzeit rückläufig ist, erübrigt sich eine Ausweitung des Mengengerüstes an Lehrstellenförderern. Wichtig hingegen ist, dass in Bereichen, in welchen ein grösserer Bedarf an qualifizierten Fachkräften besteht, auch genügend Lernende ausgebildet werden. Dort werden gezielte Aktivitäten geleistet (z.B. in der Informatik und im Gesundheitswesen).
 - Lernende, die ihren Lehrvertrag auflösen oder deren Lehrvertrag aufgelöst wird, werden bei Bedarf bereits heute durch verschiedene qualifizierte Institutionen in Zusammenarbeit mit der Ausbildungsberatung zusätzlich unterstützt. So können die Lernenden auch von Beratungsstellen an den Berufsfachschulen, von der Berufsberatung und vom Case Management Berufsbildung profitieren. Zusammen mit dem Beco wurde ein Notfallszenario bereitgestellt, um in schwierigen Wirtschaftssituationen Jugendliche nach dem Lehrabschluss bei der Stellensuche zu unterstützen.

Zu Punkt 3

Politik und Wirtschaft sind sich einig, dass die Ausbildungsaktivität in der Berufsbildung unbedingt erhalten werden muss, unabhängig von der Wirtschaftssituation. In den Westschweizer Kantonen und im Kanton Zürich sind kantonale Berufsbildungsfonds nebst den Branchenfonds gut etabliert. Im Kanton Bern sind politische Vorstösse dazu bisher gescheitert (zuletzt die M 128/2015 in der Januar-Session 2016). Dies hängt vor allem damit zusammen, dass der Kanton Bern in der Berufsbildung aktuell gut positioniert ist. Die unterstützenden Massnahmen haben sich bis dahin bewährt. Zudem würde ein Berufsbildungsfonds zusätzlich regulierend in die Unternehmen eingreifen, welche bisher nicht ausbilden. Allerdings hat nie eine grundsätzliche politische Diskussion über einen allfälligen kantonalen Berufsbildungsfonds stattgefunden. Die Arbeitswelt wird sich in den nächsten Jahren im Zeichen der 4. Industriellen Revolution grundsätzlich verändern. Davon betroffen ist auch die Berufsbildung. Die Flexibilität an Ausbildungsformen wird wahrscheinlich erhöht. Neue Berufe werden entstehen, welche unter Umständen noch wenig in den ordentlichen Strukturen und Branchen abgestützt sind. Demnach könnten sie auch nicht von Branchenfonds profitieren. Der Regierungsrat möchte sich deshalb den Handlungsspielraum in der Unterstützung der Berufsbildung nicht vergeben und zusammen mit den Verbundpartnern einen kantonalen Berufsbildungsfonds vertieft prüfen. Eine tripartite kantonale Kommission, wie in der Motion vorgeschlagen, erübrigt sich. Im Berufsbildungsrat sind die verschiedenen Anspruchsgruppen bereits zusammengefasst. Der Berufsbildungsrat berät die Erziehungsdirektion schwergewichtig in Fragen der Stärkung der Berufsbildung und der Umsetzung von Massnahmen, wie dies von der Motionärin vorgeschlagen wird.

Schlussfolgerungen

Aus Sicht des Regierungsrates sind eine gut funktionierende Verbundpartnerschaft und ein arbeitsmarktnahes, praxisorientiertes Ausbildungssystem mit zusätzlichen Begleitungs- und Unterstützungsmassnahmen die wesentlichen Faktoren zur Vermeidung von Jugendarbeitslosigkeit in der Berufsbildung. Die Stärkung des Lehrstellenmarktes ist dabei nur eine von verschiedenen Daueraufgaben. Eine starke Verbundpartnerschaft verhindert, dass Jugendliche und junge Erwachsene für Unternehmen bloss Krisenpuffer auf dem Arbeitsmarkt sind.

Der Regierungsrat ist sich aber auch bewusst, dass die hohe Dynamik des Arbeitsmarktes und der rasche Technologiewandel ungeahnte Auswirkungen auf die Berufsbildung und insbesonde-

re auf den Lehrstellenmarkt haben kann. Die Beobachtung dieser Entwicklung ist eine Daueraufgabe des Mittelschul- und Berufsbildungsamtes. Die Verwaltung wird dabei unterstützt vom Berufsbildungsrat und von der interinstitutionellen Zusammenarbeit mit den Arbeitsmarktbehörden, den Sozialbehörden und den Migrationsbehörden. Gegebenenfalls können kurzfristig zusätzliche Massnahmen gestartet werden, wenn dies erforderlich ist.

Verteiler

- Grosser Rat